



Landesgeschäftsstelle

Schopenhauerstraße 21
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 43-0
Telefax (05 11) 55 20 48
E-Mail info@ljn.de
Internet www.ljn.de

Datum:13.01.2016

Pressemeldung

**Land Niedersachsen ist für das Wolfsmanagement verantwortlich
Befremden über Schuldzuweisungen in Richtung von Jägern und Nutztierhaltern**

Irritiert und befremdet zeigt sich die Landesjägerschaft Niedersachsen e.V. (LJN) über jüngste Äußerungen aus dem Umweltministerium zum Thema Wolf und den zunehmend auftretenden Konfliktsituationen. Zwar ist es zu begrüßen, dass nun auch Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel bekundet, einen pragmatischeren Umgang mit dem Thema Wolf einschlagen zu wollen, seine Situationsanalyse offenbart allerdings nach wie vor eine deutliche Verkennung der Sachlage.

„Wer lange Zeit den Sorgen und Nöten von Nutztierhaltern und Bevölkerung nur mit Worthülsen begegnet und dann - wenn es brennt - versucht für die eigenen Versäumnisse Nutztierhalter und Jäger in Mithaftung zu nehmen, wirkt nicht nur hilflos sondern gefährdet auch sein eigenes Wolfsmanagement“, so Helmut Dammann-Tamke, Präsident der Landesjägerschaft Niedersachsen mit Blick auf jüngste Äußerungen aus dem Umweltministerium.

In einem heute erschienenen Interview mit der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung äußerte Niedersachsen Umweltminister Stefan Wenzel unter anderem zu den steigenden Wolfszahlen: *„Einen schnellen Beitrag zur Regulierung könnten jetzt schon die Jäger leisten, indem sie mehr Schalenwild schießen. Je mehr Rehe es gibt, desto größer ist nämlich erwiesenermaßen die Zahl der Beutegreifer. Weniger Rehe würden also auch weniger Wölfe bedeuten.“*

Angesichts einer seit langem bekannten jährlichen Reproduktionsrate der Wölfe von 30 Prozent und mehr, zeugten solche Äußerungen eher von der Hilflosigkeit des Ministeriums und dem durchsichtigen wie verzweifelten Versuch, von den eigenen Unterlassungen und Fehlern abzulenken. Auch die Erwartungshaltung an die Nutztierhalter, stets noch mehr und weitere Präventionsmaßnahmen umzusetzen, ginge in diese Richtung.

Ein weiterer Beleg für fachliche Unkenntnis und Effekthascherei, ist die im Zusammenhang mit einem Ortstermin mit Weidetierhaltern und Kommunalpolitikern im Landkreis Uelzen am vergangenen Mittwoch vom Umweltminister an die Landesjägerschaft gerichtete Forderung, eine grundsätzliche Freigabe für das Betreten von Revieren bei möglichen Vergrämungsmaßnahmen zu erteilen. Eine solche Freigabe kann und darf die Landesjägerschaft aus rechtlichen Gründen gar nicht erteilen.

Darüber hinaus ist das Betreten der Reviere bei den erfolglosen Vergrämungsversuchen des Umweltministeriums im Falle von MT6 ganz offenkundig auch nicht das Problem gewesen. Auch damals hatte die Landesjägerschaft lange im Vorfeld mehrfach fachliche Unterstützung angeboten, die seitens des Umweltministeriums aber nicht in Anspruch genommen wurde.

„Um es klar zu sagen, die Landesjägerschaft und die niedersächsischen Jäger werden sich nicht den schwarzen Peter für eine verfehlte Wolfsmanagementpolitik des Umweltministeriums zu schieben lassen“, so Dammann-Tamke.

Gefährlich seien solche und vergleichbare Äußerungen der jüngeren Vergangenheit im Besonderen daher, da sie diejenigen vor den Kopf stießen, die seit einigen Jahren im Rahmen des Monitorings wichtige Daten über die Verbreitung der Wölfe in Niedersachsen liefern – ehrenamtlich. Seit Ende des Jahres 2011 ist die Landesjägerschaft vom Land Niedersachsen mit dem Wolfsmonitoring beauftragt. Seither entfallen ein Großteil der Meldungen über Hinweise und Nachweise auf Wolfsvorkommen auf Jägerinnen und Jäger. Drei der offiziell nachgewiesenen acht Rudel in Niedersachsen konnten durch aktive Monitoringmaßnahmen der Landesjägerschaft nachgewiesen werden. Auch der jüngst erfolgte Nachweis von fünf Wölfen im Raum Visselhövede konnte so erbracht werden. „Wir als Landesjägerschaft stehen zu dieser Kooperationsvereinbarung und unserem Beitrag im Rahmen des Wolfsmonitorings – sollte dies allerdings seitens der Landesregierung nicht mehr gewünscht sein, sollte man uns das offen sagen“, so der LJV-Präsident.

Grundsätzlich diene es auch nicht der Akzeptanz der Rückkehr der Wölfe nach Niedersachsen, sich stetig auf die „Überraschungseffekte“ im Verhalten der niedersächsischen Wölfe zu beziehen. „Das ist nicht das, was der Lage gerecht wird und einer Akzeptanzsteigerung dient. Handeln statt Worthülsen wäre angezeigt“, so Dammann-Tamke abschließend.